

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 24. Oktober 2019

im gr. Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdíć
- Stadträte/innen: Bachmann-Ade, Bannwarth, Berg, Bernnat, Böhler, Cyperrek, Denzer, Escher, Glattacker, Gohn, Dr. Hengelage, Kirchner, Koesler, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Müller, Dr. Oursin, Dr. Reinhard-Albiez, Rufer, Salinas de Huber, Schlecht, Schumacher, Simon, Sommer, Vogel, Wernthaler
- Entschuldigt Stadträtinnen: Herzog, Höfler, Krämer, Salach
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger
Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiter Bühler
Fachbereichsleiter Haasis (bis 18:55 Uhr)
Fachbereichsleiter Dullisch (ab 20:50 Uhr)
Fachbereichsleiter Frick
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Geschäftsführerin Ziegler-Jung, WFL
Geschäftsführer Nostadt (bis 20:10 Uhr)
Betriebsleiter Langela
Betriebsleiter Schäfer
Frau Dietrich (bis 20:50 Uhr)
Frau Adelhardt (bis 20:50 Uhr)
Herr August (bis 20:50 Uhr)
Herr Klatz (bis 18:55 Uhr)
Herr Rulf (bis 20:50 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträtin Schumacher, Stadtrat Escher
- Schriftführung: Frau Dietsche / Herr Rachel
- Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 21:50 Uhr

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung informiert der Vorsitzende, dass der Tagesordnungspunkt 1 vertagt werden müsse, da für die rechtmäßige Beschlussfassung nicht genügend stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend sind.

Aufgrund der vielen Anwesenden schlägt der Vorsitzende des Weiteren vor, den Tagesordnungspunkte 16 „Fragestunde der Einwohner/innen“ vorgezogen zu behandeln. Der Rat ist hiermit einverstanden.

TOP 16

Fragestunde der Einwohner/innen

16.1

Der Vorsitzende erteilt Frau Thiel aus der Einwohnerschaft das Wort.

Frau Thiel bittet um Auskunft zu den Sanierungsmaßnahmen an der Fridolinschule. Der jetzige Zustand stelle eine Belastung für die Schulkinder dar. Sie frage sich, wie es langfristig mit der Sanierung an der Fridolinschule weitergehe.

Der Vorsitzende erläutert, dass bisher aufgrund der finanziellen Gegebenheiten nicht saniert werden konnte. Für eine künftige grundlegende Sanierung müssten die Schulkinder übergangsweise in der Neumattschule untergebracht werden, dies sei erst nach dem Auszug des Waldorfindergartens aus den Räumlichkeiten der Neumattschule möglich. Außerdem spricht er die Zuschüsse an, die von Seiten des Landes Baden-Württemberg für die Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Explizit möchte er den Zuschuss für die Albert-Schweitzer-Gesamtschule nennen, der bei einer Investitionssumme von ca. 17 Mio. € bei etwa 10% liege. Auch bestehe an weiteren Schulen Sanierungsbedarf; hierbei möchte er etwa die Grundschule Tumringen nennen. Die stark gestiegenen Baukosten seien ebenfalls zu erwähnen. Bei der Hellbergschule in Lörrach-Brombach würden die naturwissenschaftlichen Räume erneuert, damit ein lehrplangerechter Unterricht stattfinden könne. Nach dem jetzigen Stand sei die Umsetzung der Sanierung an der Fridolinschule im Jahr 2023 geplant. Die Verwaltung und die Gremien bleiben in engem Kontakt mit den Schulen.

Stadtrat Lusche fragt, „wo stehen wir?“; zunächst sei gesagt worden, dass die Schule am Montag wieder öffnen könne und nun höre er von einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis. Er bitte um die Bewertung der aktuellen Gefahrensituation.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić erläutert den aktuellen Sachstand. Am Wochenende seien verschiedene Prüfungen im Schulgebäude erfolgt. Es wurden die Elektroinstallationen überprüft und für sicher gefunden. Lediglich zwei Steckdosen wurden vom Stromkreis abgehängt. Im Anschluss daran wurden zudem sämtliche Kondensatorleuchten gegen neue LED-Leuchten ausgetauscht. Dies sei auch bereits im Vorfeld beauftragt gewesen. Die Turnhalle und hier insbesondere die Decke wurden von einem Statiker geprüft und

als benutzbar und sicher eingestuft. Am sanierungsbedürftigen Dach sind bereits in Teilbereichen Bohlen am Schneefanggitter als Sicherheitsvorkehrung angebracht worden. Diese Vorkehrung wurde nicht an allen Seiten durchgeführt. Nun werden zusätzlich Fangnetze an jeder der vier Dachseiten aufgespannt. Es könne ca. vier Wochen dauern, bis diese Maßnahme abgeschlossen ist.

Der Vorsitzende betont, dass es durch die Sicherung aller vier Dachseiten dem berechtigten Bedürfnis nach Sicherheit im vollen Umfang Rechnung getragen werde.

Stadträtin Kurfeß erkundigt sich, wann der erste schriftliche Hinweis über eventuelle Sicherheitsmängel von der Schule einging.

Frau Thiel möchte wissen, wieso nach den ersten Sicherungsmaßnahmen am Dach gesagt worden sei, dass nun alles in Ordnung wäre.

Der Vorsitzende geht auf die Anfragen von Stadträtin Kurfeß und Frau Thiel ein. Es werde eine Zusammenstellung der Hinweise nach möglichen Mängeln erfolgen. Im Frühjahr/Sommer 2019 habe ein erster Dachdecker Sicherungsmaßnahmen ausgeführt. Seine Meinung war, dass das Dach nun ausreichend gesichert sei. Aufgrund der jetzigen Einschätzung seien nun die erweiterten Sicherheitsmaßnahmen an vier Seiten des Daches in Auftrag gegeben worden.

16.2

Danach erteilt der Vorsitzende Herrn Knakrügge aus der Einwohnerschaft das Wort.

Herr Knakrügge fragt nach, wo er den Beschluss zur Auslobung vom September 2019 für das Baugebiet Bühl III in Lörrach-Brombach finden könne. Außerdem stellt er eine Frage zur Bürgerbeteiligung nach dem Vier-Phasen-Modell und bittet um die abschließende Beantwortung seiner Anfragen vom 18. Juli 2019, die nur teilweise beantwortet worden sei. Diesbezüglich wiederholt er die grundsätzliche Frage, nach welchen Kriterien die Anwendung des Vier-Phasen-Modells ausgewählt werde.

Bürgermeisterin Neuhöfer Avdić dankt für die Anfragen und beantwortet die erste Anfrage. Die Auslobung sei für Anfang 2020 geplant. Hierbei werde die Stadt vom Architekturbüro Thiele aus Freiburg unterstützt. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung seien im Sommer mit den Bürgern die Eckdaten vor Ort besprochen worden. Es haben sich drei Bürger gefunden, die sich weiterhin bürgerschaftlich beteiligen wollen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die übrigen Fragen schriftlich beantwortet werden.

TOP 2

IBA-Projekt "Am Zoll Lörrach / Riehen" – Informationen zum Sachstand, Wettbewerbsverfahren und Ausblick

Vorlage: 184/2019

Der Vorsitzende führt in die Tagesordnung ein und begrüßt hierzu Fachbereichsleiter Haasis und Herrn Klatz.

Herr Klatz informiert anhand einer Präsentation zum Sachstand und zum Wettbewerbsverfahren und gibt einen Ausblick (Anlage 1). Er betont, dass der Zeitpunkt günstig sei, wieder in das Thema einzusteigen und es im Fragerund zu erörtern. Der nächste wichtige Termin des Prozesses sei die Jurierung des Wettbewerbes zur Umgestaltung der Basler Straße und der städtebaulichen Entwicklungsflächen im Januar 2020. Im Anschluss könne die Zeitachse für die angestrebte Umgestaltung besser entwickelt werden; in diesem Zusammenhang soll die Zeitachse dann auch nochmals vom Gemeinderat bestätigt werden. Beginnend mit der Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse im Frühjahr 2020 wird das Projekt dann auch wieder stärker mit der Öffentlichkeit rückgekoppelt. Den Rahmen geben der Tag der Städtebauförderung (Mai 2020) und die IBA EXPO (Juni bis September 2020).

Der Vorsitzende dankt für die Präsentation und bittet die Fraktionen um ihre Stellungnahmen.

Für die Fraktion der Grünen begrüßt Stadtrat Böhler die Präsentation, bezeichnet das Projekt als logischen Anschluss an Riehens Umbau der Achse Basel – Riehen Grenze und der Zollfreien Straße. Für die Anwohner kann dies nur positiv sein. Er lobt auch die Flexibilität der Planung, dass z.B. eine Weiterführung der Tram trotzdem möglich bleiben soll. Er kann sich auch vorstellen an das Projekt anschließend, bis Stetten Bahnhof oder sogar bis zum Aichele Park ein ähnliches Konzept zu realisieren. Stadträume müssen wieder zum Verweilen einladen und Verkehrsplanung ist Angebotsplanung, sonst kommt man nicht vom motorisierten Individualverkehr los. Zum Schluss fragt er, ob geplant sei, die Situation um den Stettener Bahnhof mit einem Bebauungsplanverfahren umzugestalten.

Stadtrat Lusche nimmt für die CDU-Fraktion Stellung und bedankt sich auch für den Bericht. Das Thema sei sehr komplex und abhängig von vielen Rahmenbedingungen. Aus seiner Sicht handelt es sich um Überlegungen einer Momentaufnahme und er hält die Umsetzbarkeit nicht für vollends gegeben. Der Eigenanteil der Stadt würde 2,65 Mio. Euro betragen. Auch wenn das Projekt wünschenswert wäre, wird es zur Diskussion um das Geld kommen. Zudem bringt die Förderung Fristen mit sich, die mit der Personalproblematik der Stadt schwer zu halten sein werde.

Stadtrat Schlecht nimmt für die SPD-Fraktion Stellung und bezeichnet das Projekt als visionär, aber auch als langwierig, da die Planungen bereits 2008 begonnen haben. Trotz Bundesförderung von 5,23 Mio. Euro sieht er die Kosten problematisch, zu nennen seien etwa das Zentralklinikum, eine anstehende Rathaussanierung, die um die 20 Mio. Euro koste und noch einige weitere Großprojekte, die von der Stadt gestemmt werden müs-

sen. Die SPD-Fraktion hege Sympathie für das Projekt, möchte unterstützen und mitgestalten und wünsche sich, dass der 15-Minuten-Takt bis zur neuen Haltestelle Zentralklinikum eingeführt werden könne.

Stadtrat Lindemer nimmt für die Fraktion der Freien Wähler Stellung und hebt noch einmal hervor, wie wichtig es ist, grenzübergreifend zu planen. Er favorisiere die Mobilitätsdrehscheibe am Stettener Bahnhof mit Tram-Verlängerung, ist aber offen für Vorschläge, die das IBA-Projekt hervorbringen wird. Angesichts des Vorschlages von der SPD, den 15-Minuten-Takt auszuweiten, weist er auf die Schrankenproblematik hin und die Notwendigkeit, die Bahn dann wohl unter die Erde zu verlegen, um die Stadt nicht dauerhaft zweizuteilen.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić findet die Diskussion zum 15-Minuten-Takt sehr gut, der Ausbau der S 6 sei in Planung, man untersuche das Thema mit dem Zweckverband Regio-S-Bahn. Für Pendler im engen Tal scheint ihr das die beste Lösung zu sein. Geplant sind ein Ausbau der Schienen und eine Taktverdichtung bis Lörrach Hauptbahnhof. Die Bundesförderung habe dem IBA-Projekt einen Schub gegeben, es sei der Eingang ins Land und in die EU. Sie stimmt Stadtrat Böhler hinsichtlich der Aussage zur Angebotsplanung zu. Trotzdem werde es zum Schwur kommen, wieviel man investieren wolle und könne, der Bund habe mit seiner Förderung Anreize für die Investition geschaffen.

Auf die Aussage von Stadtrat Lusche zur Komplexität merkt sie an, dass rund 25 Akteure beteiligt seien, um das Projekt zu verwirklichen. Auch sind Teile des Projekts in dem Maßnahmenkanon des Aggloprogramms Basel (3. Generation) enthalten und erfahren Förderung dadurch. Hier sei viel Abstimmung notwendig.

Zur Frage von Stadtrat Böhler zu einem möglichen Bebauungsplan am Stettener Bahnhof antwortet sie, man arbeite noch nicht am Bebauungsplan. Am Ende des Prozesses sei es aber klar notwendig, die letztlich gewünschte Neugestaltung in neues Planungsrecht zu gießen.

Der Gemeinderat nimmt die Inhalte und den Sachstand des IBA-Projektes „Am Zoll Lörrach / Riehen“ sowie den Ausblick zu dessen weiteren Bearbeitung zur Kenntnis.

TOP 3

Tourismusstrategie und Maßnahmen 2020

Vorlage: 188/2019

Der Vorsitzende begrüßt zur Eröffnung des Tagesordnungspunktes Fachbereichsleiter Frick und Frau Adelhardt und leitet sogleich zu den Stellungnahmen über.

Stadtrat Böhler geht zunächst auf die ist-Situation ein, bei der Thematik Tourismus halte er Lörrach für einen vergleichsweise „kleinen Player“. Der Betrachtung fehle die notwendige Trennschärfe. Die Festlegung der touristischen Attraktionen sei nur mit den Akteu-

ren besprochen worden, es fehlten Kontrollgruppen, die für die Untersuchung hätten herangezogen werden können. Der Tourismus in Lörrach sei eher durch Nahtourismus und durch den Schweizer Einkaufstourismus geprägt. Im Vergleich hierzu punkteten etwa Basel und Freiburg durch eine überragende Angebotsqualität. Lörrach sei keine echte Touristenstadt. Potentiale sehe er im Aktivurlaub mit dem Fokus, Natur zu erleben. Die Werbestrategie „Dreilandhaus“ halte er für zu „wolkig“ und daher zu wenig realistisch. Die Kosten für das Marketing seien sehr hoch, was auch im Interesse des Entwicklers sein könne. Er möchte hierzu einige Schlagworte nennen wie Image, Branding, audiovisuelles Performen, große touristische Mobilmachung. Er weise darauf hin, dass im zweiten Teil der Beschlussvorlage neue Mittel für das Marketing beantragt werden. Er frage nach, wo der Rückfluss für diese Investitionen sei. Es solle doch eher direkt und gezielt investiert und gebaut werden d.h. direkt in die Qualität der Stadt investiert werden. Das Pferd solle nicht von hinten aufgezäumt werden. Einem Marketingkonzept werde die Fraktion der GRÜNEN nicht zustimmen. Was wollen wir dann, so die rhetorische Frage von Stadtrat Böhler. Es solle in Substanz investiert werden, dazu gehöre erstens, dass die Broschüren auf der Website eingestellt sind, zweitens eine Abstimmung mit den touristischen Akteuren, drittens Investitionen etwa in Rad- und Wanderwege. Die Anregungen sollten genutzt und die Machbarkeit geprüft werden.

Stadtrat Lusche richtet sich direkt an Stadtrat Böhler und merkt an, dass die Stellungnahme doch eher einem „Totalverriss“ gleiche, den Sachverhalt sehe er doch etwas anders. Die Stadt habe das Gutachten beauftragt, er habe daher kein Problem der Beschlussfassung Ziffer 1 zuzustimmen; Ziffer 2 könne er nicht zustimmen, insbesondere solle über die Gewährung des Zuschusses während der Haushaltsplanberatungen beschlossen werden. Ebenfalls bestehe diskussionsbedarf, um welche Gesamtsumme es sich handle, dies sei im Hauptausschuss offen geblieben. Er würde vorschlagen, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in einer Gesamtschau geprüft werde, was wofür und mit welcher Begründung benötigt werde.

Stadtrat Lusche beantragt eine getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2.

Stadtrat Bernnat gibt zu bedenken, dass der Prozess über ein Jahr gedauert habe. Weiter gebe er den Hinweis, dass eine Stellungnahme nicht zu einem Grundsatzreferat werden solle. Lörrach sei kein Tourismusstandort „erster Klasse“, es sei jedoch eine gute Studie mit sehr vielen Beteiligten erstellt worden, auch halte er es für schwierig, Touristen zu befragen, die nicht gekommen sind. An dieser Stelle möchte er die Arbeit und den Einsatz der Tourismusinformation loben; hier könne der „Rückfluss“ der Arbeit untersucht werden. Der Beschlussvorlage könne die SPD-Fraktion in beiden Ziffern zustimmen.

Stadtrat Lindemer berichtet von einem Klassentreffen, um seine Wahrnehmung und die Wahrnehmung Außenstehender zu erläutern; ihm wurde berichtet, dass man nach Lörrach zurückkomme, weil es hier schön ruhig sei. Er habe es bedauert, dass das Festival „Baden im Blut“ und ebenso eine Trachtengruppe nach Weil „abgewandert“ sei. Er halte es für wichtig, Veranstaltern etwa bei Veranstaltungsflächen und Auflagen entgegenzukommen.

Stadträtin Kurfeß spricht an Stadtrat Bernnat gewandt an, dass sie als Mitglied bei der Ideenfindung dabei gewesen sei und sie seine Begeisterung nicht unbedingt teilen könne; beim Thema „Leuchtturmprojekte“ seien viele dagegen gewesen. Beim Thema Tourismuskonzept sei eine differenziertere Diskussion vonnöten. Dabei sei die Frage zu klären, was umgesetzt werden könne.

Stadtrat Schlecht zeigt sich überrascht und enttäuscht über die ablehnende Haltung, hier würde ein Prozess für die Zukunft blockiert. Das KONUS-Angebot halte er für gut. Im Bezug zur Ziffer 2 des Beschlussvorschlages merkt er an, dass im Ortsteil Hauingen die Bauernfasnacht ehrenamtlich organisiert werde. Eine Bezuschussung der Fasnacht sollte gesamthaft betrachtet werden.

Stadtrat Lindemer ist der Ansicht, dass Tourismus auch Geld einbringen solle.

Fachbereichsleiter Frick erläutert, dass der Kontakt mit den Touristen auch über eine online-Umfrage hinaus bestehen würde. Er führt aus, dass die Neugestaltung der Broschüren mit einem neuen Layout unbedingt erforderlich sei, und hierfür der Zuschuss über 20.000 Euro u.a. verwandt würde. Weiter lägen Infrastrukturmaßnahmen nicht in seinem Zuständigkeitsbereich, hier sei die Stadtplanung zuständig. Das Thema „Radreisen“ werde gemeinsam mit den Nachbarländern-Stichwort Dreiland- erarbeitet. Weiterhin sei dieses Strategiepapier vorbehaltlich der Finanzierung verfasst worden. Die Veranstaltung „Baden im Blut“ hätte man gerne in Lörrach gehalten, diese sei jedoch aus Lörrach herausgewachsen, es gebe keinen geeigneten Platz mehr dafür. Nach seiner Ansicht können bei der Beschlussvorlage Punkt 2 die Ausführungen nach dem ersten Spiegelstrich gestrichen werden.

Der Vorsitzende macht noch einmal deutlich, dass ein breit angelegter Prozess mit vielen Akteuren stattgefunden habe und Werbung und Marketing für den Tourismus notwendig sei. Er schlägt vor, die Abstimmung nach Beschlussziffern 1 und 2 getrennt vorzunehmen. Bei Ziffer 2 solle die Aufzählung auf die Neugestaltung von Printmedien (20.000 Euro) reduziert werden.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich mit 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Tourismusstrategie zu und beauftragt den Fachbereich Kultur und Tourismus mit der Umsetzung der Maßnahmen.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich mit 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

2. Zum Start der Umsetzung der Tourismusstrategie stimmt der Gemeinderat, vorbehaltlich der Haushaltsberatungen im Dezember, der Überarbeitung des Tourismusmarketings zu. Hierzu zählen folgende Posten:
 - Neugestaltung der Printmedien (20.000€)

TOP 4

Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach,

Jahresabschluss 2018

Vorlage: 151/2019

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein. Nach einer unbefriedigenden Saison im Jahre 2018 erwarte die Stadt für dieses Jahr bessere Zahlen, es seien ein gutes Stimmenfestival und gute Besucherzahlen beim Burghof zu verzeichnen. Einen Vergleich mit anderen Städten halte er für schwierig, da die Rahmenbedingungen jeweils unterschiedlich seien. Weiter möchte er Geschäftsführer Muffler in Schutz nehmen, hinter dem Geschäftsführer stehe außerdem ein engagiertes Team.

In diesem Zusammenhang stellt der Vorsitzende die rhetorische Frage, was die Stadt Lörrach ohne das Stimmen-Festival wäre. Dieses habe einen überregionalen Bekanntheitsgrad. Nun bitte er um die Stellungnahmen der Fraktionen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Fraktion der Freien Wähler angekündigt habe, die Entlastung des Geschäftsführers zu verweigern.

Stadtrat Lusche ist der Ansicht, dass bei den Stellungnahmen keine Grundsatzdiskussionen geführt werden sollten.

Stadtrat Wernthaler kündigt die Zustimmung der Fraktion der GRÜNEN an. Gründe hierfür seien, dass sowohl der Burghof als auch das Stimmen-Festival als kulturelle Institution gewollt seien. Hervorheben möchte er insbesondere den trinationalen Charakter und die überregionale Ausstrahlung. Inwieweit in der Zukunft Änderungen in der Ausrichtung sinnvoll sind, müsse diskutiert werden.

Stadträtin Sommer spricht an, dass bereits in den Vorjahren Defizite getragen werden mussten. Es stelle sich die Frage, welcher Kulturauftrag die hohen Zuschüsse rechtfertige. Es sei zu beraten, welche zukünftige Ausrichtung gewollt sei.

Stadtrat Bernnat bekundet die Zustimmung seitens der SPD-Fraktion. Der Verlust sei schmerzlich und die Gründe strukturell bedingt. Zukünftig müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, das Defizit zu verringern und die Ausrichtung des Burghofs besprochen werden.

Stadtrat Müller spricht den enormen Kulturzuschuss an. Er habe errechnet, dass pro Veranstaltung ein Zuschuss von ca. 33.000 € gewährt werde, somit der Zuschuss pro Besucher ca. 62 € betrage, ziehe man 14 € an Sponsorengeldern ab, betrage der städtische Zuschuss noch 48 €. In diesem Fall gehe es um ca. 2% der Einnahmen der Stadt Lörrach, die der Burghof erhalte. Er sehe hier ein dringendes Gesprächsthema. Auf der anderen Seite werde ein Zuschuss für eine Sozialeinrichtung über 4.000 € in Frage gestellt. In diesem Zusammenhang spricht er die Themen Schulsanierung und -finanzierung und die Gewerbesteuererhöhung an.

Stadtrat Koesler legt dar, dass der Burghof so nicht kostendeckend geführt werden könne. Es müsse überlegt werden, welche Maßnahmen für die Zukunft eingeleitet werden können. Hierbei spricht er auch das Thema der Vermietung des Burghofes an. Positiv möchte er anmerken, dass in 2019 ein gutes Programm gegeben werde.

Stadtrat Lusche spricht sich für eine Zustimmung für das Geschäftsjahr 2018 aus. Er halte es nicht für gut, die Entlastung des Geschäftsführers zu verweigern, sofern die Rahmenbedingungen eingehalten werden. Die Rahmenbedingungen seien erfüllt worden. Trotzdem bitte er um eine getrennte Abstimmung der Beschlussziffern im Beschlussvorschlag.

Der Vorsitzende legt mit dem Einverständnis der Räte fest, dass zunächst über Punkt 1. abgestimmt wird; bei Punkt 2. wird getrennt über die Entlastung des Aufsichtsrates und danach über die Entlastung des Geschäftsführers abgestimmt.

Daraufhin stimmt der Gemeinderat wie folgt ab:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und dem Vortrag des Jahresfehlbetrages in Höhe von 306.609,60 Euro auf neue Rechnung zuzustimmen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

2a. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister weiterhin in der Gesellschafterversammlung der Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach der Entlastung des *Aufsichtsrates* zuzustimmen.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

2b. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister weiterhin in der Gesellschafterversammlung der Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach der Entlastung des *Geschäftsführers* zuzustimmen.

TOP 5

Städtische Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH / Lörracher Stadtbau-GmbH Jahresabschlüsse 2018 Vorlage: 150/2019

Der Vorsitzende führt in die Tagesordnung ein und bittet sogleich um die Stellungnahmen.

Stadträtin Kurfeß signalisiert für die Fraktion der GRÜNEN die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Sie sei sehr erfreut darüber, dass in der Vergangenheit viel für die Instandhaltung und Sanierung des Wohnungsbestandes unternommen wurde. Bei Quadratmeterpreisen von 5-6,5 € und Miethöhen von unter 600 € bei 85% der Wohnungen sei der soziale Aspekt beachtet worden; dies führe zu einer Entspannung in diesem Segment. Es gebe den Slogan „die Lage zählt“. Geschäftsführer Nostadt und sein Team haben es geschafft, in Lagen, die in der Vergangenheit einen schlechten Ruf hatten, durch aktive Gestaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen Quartiere zu entwickeln, in denen sich die Bewohner wohl fühlen. Beispiele hierfür sind Wohnquartiere am Salzert und in der Dammstraße. Sie sei begeistert über die Quartiersarbeit, regelmäßige Quartierstreffen würden den sozialen Zusammenhalt stärken, in den Gemeinschaftsbereichen seien teilweise sogar Gästewohnungen geschaffen worden

Stadtrat Escher fragt sich, was nach der Stellungnahme seiner Vorrednerin noch zu sagen sei. Die CDU-Fraktion werde selbstverständlich zustimmen und bedanke sich beim Geschäftsführer und den Mitarbeitern für die hervorragende Arbeit. Hervorheben möchte er die gute Projektarbeit auf dem Salzert, in Tumringen, an der Austraße aber auch in Schopfheim. Es sei ihm ein Anliegen, dass die Rahmenbedingungen, hier habe er die energetischen Anforderungen im Blick, so erhalten blieben, dass günstiger Wohnraum geschaffen werden könne.

Stadträtin Cyperrek bekundet ebenso die Zustimmung seitens der SPD-Fraktion. Sie betont die soziale Verantwortung der Städtischen Wohnbau, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Weiter lobt sie die ansprechende Architektur, die zu einer positiven Stadtentwicklung beitrage. Kritisch sehe sie den Mangel an Bauland und die hohen Preise. Nach ihrer Ansicht gehörte die Verbesserung der energetischen Standards vor dem Hintergrund der Ausrufung des Klimanotstandes besonderer Beachtung. Hier sei Mut und Optimismus gefragt. Sie möchte ansprechen, dass ca. 100 Parkplätze bei der Städtischen Wohnbau leer stünden; sie bitte darum, dass die freien Parkplätze Pendlern angeboten werden. Ebenso sei es wichtig, vermehrt kleinere und barrierefreie Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Denzer dankt im Namen der Fraktion der Freien Wähler, die ebenso ihre Zustimmung signalisiere, für die gute Arbeit. Er lobt Herrn Nostadt als einen guten Geschäftsführer und fragt ihn, welche Rahmenbedingungen er sich für seine Arbeit wünsche, was geändert werden solle und wie er besser unterstützt werden könne. Er bitte ihn, dies schriftlich darzulegen. Weiter spricht er die Mietdeckelungen an und bittet um mehr Input, wie die Stadt sie unterstützen könne.

Danach fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH, der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und der Zuführung des Bilanzgewinnes in Höhe von 908.961,79 Euro zu den freien Rücklagen zuzustimmen.

2. Der Gemeinderat nimmt den Jahresabschluss 2018 der Lörracher Stadtbau-GmbH zur Kenntnis.

3. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister weiterhin in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates zuzustimmen.

TOP 6

WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH

Jahresabschluss 2018

Vorlage: 152/2019

Der Vorsitzende führt in die Tagesordnung ein und bittet sogleich um die Stellungnahmen.

Stadträtin Kurfeß nimmt für die Fraktion der GRÜNEN Stellung und spricht sich für die Beschlussfassung aus. Sie lobt die gute Arbeit der WFL. Die Nachwuchsförderung sei ein wichtiges Stichwort, Kinder und Jugendliche könnten im Rahmen der Arbeit des Schülerforschungszentrums für Naturwissenschaften begeistert werden. Das KBC-Areal müsse man gemeinsam entwickeln. Es sei wichtig, dass das Areal Gewerbefläche bleibe. Die Personalkosten der Wirtschaftsförderung würden zwar über den Haushalt getragen, dieses Geld sei jedoch gut angelegt.

Stadtrat Lusche nimmt Bezug auf die drei Standbeine der Wirtschaftsförderung: Beim Center-Management gehe es nicht um Gewinnmaximierung, sondern um einen Förderauftrag, der eine Flächenunterauslastung mit sich bringe. Da Deutschland über keine Ölquellen verfüge, sei die überzeugende Arbeit im phaenovum Schülerforschungszentrum zur Fachkräfteförderung wichtig. Der Aufgabenzuwachs im Bereich Gewerbe- und Standortentwicklung werde das zukünftige Gesicht der Stadt Lörrach prägen. Er könne im Namen der CDU-Fraktion aus Überzeugung zustimmen.

Stadtrat Simon bedankt sich für die gute Arbeit und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion. Er geht auf die Beliebtheit des Center-Angebots im Innocel ein. Er spricht an, dass bei der KBC und nun auch bei der Lauffenmühle viele Arbeitsplätze weggefallen seien. Es sei nun umso wichtiger, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Dieser Aspekt sollte beim Areal Lauffenmühle, bei den Gewerbeflächen in Brombach-Ost und bei der Nachnutzung des Krankenhausareals Beachtung finden.

Stadtrat Müller dankt der Wirtschaftsförderung und beglückwünscht sie zu ihrer guten Arbeit und Leistung mit der Anmerkung, dass die Wirtschaftsförderung ihren Preis wert sei. Die Fraktion der Freien Wähler werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Hiernach fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und dem Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 45.510,81 Euro auf neue Rechnung zuzustimmen.

2. Der Gemeinderat bevollmächtigt den Oberbürgermeister weiterhin in der Gesellschafterversammlung der WFL Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH der Entlastung der Geschäftsführerin und des Aufsichtsrates zuzustimmen.

TOP 7

Berufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirats

Vorlage: 132/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Als neue Mitglieder (Sachverständige gem. § 3 der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Lörrach) werden ab 1. Januar 2020 berufen
 - Dea Ecker, Buchen
 - Andy Schönholzer, BaselDie bisherigen Mitglieder
 - Frau Bärbel Hoffmann, Fellbach und
 - Herr Prof. Kunibert Wachten, Aachenwerden für eine weitere Beiratsperiode als Mitglieder des Gestaltungsbeirates berufen.
2. Die Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirats wird an die Erkenntnisse des 2018 abgehaltenen Workshops zur Neujustierung des Gestaltungsbeirats sowie an die veränderte Verwaltungsstruktur angepasst. Die Neufassung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft und ersetzt die Fassung vom 1. Oktober 2016.

TOP 8

Bebauungsplan der Innenentwicklung und Örtliche Bauvorschriften "Wilhelmweg – Änderung 1"

- Behandlung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen

- Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Vorlage: 175/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander stimmt der Gemeinderat den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den im Zuge der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend Spalte 3 der Anlage 1 sowie der eingegangenen Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB entsprechend Spalte 3 der Anlage 2 zu.
2. Der Bebauungsplan „Wilhelmweg - Änderung 1“ in der Fassung vom 08.08.2019 wird nach § 10 BauGB in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) als Satzung beschlossen.
3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften „Wilhelmweg - Änderung 1“ in der Fassung vom 08.08.2019 werden nach § 74 (1) und (7) Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) in Verbindung mit § 4 GemO als Satzung beschlossen.
4. Dem als Anlage 4 zu dieser Vorlage beigefügten Satzungstext wird zugestimmt.

TOP 9

Sachstandsbericht Kultureinrichtungen VHS, PlusPunktZeit, Musikschule und Stadtbibliothek - mündl. Bericht

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und gibt das Wort an die Leiter der der städtischen Kultureinrichtungen weiter.

Der Leiter der Volkshochschule Lörrach, Herr Rulf, stellt den Sachstandsbericht zur Volkshochschule Lörrach vor. Es werden pro Jahr ca. 800 Angebote in Form von Kursen, Seminaren, Vorträgen, Exkursionen u.ä. durchgeführt. 11.000 Teilnehmende wurden in 15.500 förderungsfähigen Unterrichtseinheiten von 226 Dozentinnen und Dozenten an 23 Unterrichtsorten unterrichtet (z.B. Altes Rathaus, Theodor-Heuss-Realschule, Gesundheitszentrum in der Arndtstraße, Kaltenbach-Stiftung). 75% der Teilnehmenden sind weiblich, 20% sind unter 18 Jahren -im Vergleich hierzu der Landesschnitt liegt bei 8%- und 60% der Teilnehmer sind jünger als 35 Jahre. Weiter bestehen Kooperationen u.a. mit der Kaltenbach-Stiftung seit 1978, dem SWR, dem Ärztenetz Dreiländereck und der Kassenärztlichen Vereinigung sowie Tempus Fugit.

Der Jahresumsatz liegt bei ca. € 900.000 Euro. 62% werden über Teilnehmergebühren finanziert, die Zuschüsse der Stadt betragen 26% und die des Landes 12%. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 74%.

Jährlich werden zwei Programmhefte mit einem Umfang von etwa 200 Seiten erstellt, die sich in 5 Themenbereiche gliedern. Ebenso wird die Homepage, über die mehr als 80% der Anmeldungen laufen, entsprechend gepflegt.

Zurzeit werden Seminare zur Umweltbildung (Klimafit-Seminar), Cloud-Schulungen, berufsbezogene DaF-Sprachkurse im Bereich Pflege mit Zertifikatsprüfungen angeboten.

Herr Rulf spricht die Raumsituation an, die vor allem im Sprachenbereich nicht mehr zeitgemäß und wenig erwachsenengerecht sei. Weiter halte er die Dozenten-Vergütung für mangelhaft; diese betrage 22,50 € pro Unterrichtseinheit, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordere 57,00 € pro Stunde.

Der Leiter der Musikschule, Herr August, stellt den Sachstandsbericht der Musikschule Lörrach vor. Die städtische Musikschule gehört einem flächendeckenden Netz von Musikschulen an, die vom Landes- und Bundesverband organisiert werden und vom Land nach dem Jugendbildungsgesetz gefördert werden. Die Musikschule zählt derzeit ca. 1800 Schüler, diese Zahl setzt sich aus 740 Instrumentalschülern, 470 Schülern im Elementarbereich und 600 Schülern im Bereich der Schulkooperationen zusammen. Vor allem die Schulkooperationen mit der Hebel- und Fridolinschule haben die Zahlen in den letzten 10 Jahren von 1100 auf 1800 Schüler wachsen lassen. Die städtische Musikschule ist seit 2018 mit der Verwaltung und einem Teil des Unterrichtes in die Villa Lioba umgezogen, der übrige Unterricht findet weiter in Räumen in der Hebelschule statt. Die Raumsituation hat sich seitdem entspannt, vor allem der neue eigene Saal bietet neue Nutzungspotentiale. Es gibt eine Vielzahl von Ensembles, von einem Symphonieorchester in Kooperation mit der Weiler Musikschule über die Big-Band bis hin zur Begabtenförderung von besonders talentierten Schülern.

Zum Team des Musikschulleiters gehören 18 festangestellte Mitarbeiter, 21 Honorarkräfte und zwei Verwaltungsangestellte. Jede Woche finden 600 Unterrichtsstunden à 45 Minuten in bis zu 22 Räumen statt. Im Schuljahr 2018/2019 hat die Musikschule Einnahmen von 806.100 € erzielt. Davon 617.100 € aus Unterrichtsentgelten, 140.300 € aus Landeszuschüssen, 31.300 € aus Zuschüssen vom Landkreis und 17.400 € an sonstigen Einnahmen. Demgegenüber stehen 1.121.200 € an Personalkosten und ein Sachaufwand von 53.000 €. Die Stadt Lörrach bezuschusst den laufenden Betrieb mit 368.100 € (ohne Raumkosten und innere Verrechnung).

Die Städtische Musikschule leiste hervorragende Arbeit bei wachsenden Schülerzahlen. Sie betreibe verstärkt Vernetzungsarbeit mit Kindergärten, Vereinen und Schulen und präsentiere sich bei Veranstaltungen. Diesen Weg möchte Herr August mit seinen Kollegen weiter fortsetzen.

Die Leiterin der Stadtbibliothek Lörrach, Frau Dietrich stellt den Sachstandsbericht vor. Der Bestand an Büchern, Zeitschriften, CDs, DVDs, BluRays, usw. liegt bei 80.836 Medien, hierbei beträgt der Anteil der digitale Medien 13 % (10.711 Medien). Entliehen wurden 358.688 Einheiten, davon seien 7% der digitalen Medien (26.094) über die „Onleihe Dreiländereck“ entliehen worden. Dies entspricht einem moderaten Gesamtausleihrückgang um 3,5 % im Vergleich zu 2017, dies allerdings bei einer gleichzeitigen Bestandsreduzierung um 2 %.

Die Besucherzahlen lagen im Jahr 2018 bei 143.322 Personen. Die Stadtbibliothek ist damit die besucherstärkste städtische Kultureinrichtung der Stadt Lörrach. Mit 337 Veranstaltungen und 6583 Besuchern ist die Stadtbibliothek ein wichtiger Ort für kulturelles Erleben und für Chancengleichheit auf Bildung. Die Stadtbibliothek pflegt eine intensive

Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten und ist für diese ein wichtiger Bildungspartner. Es fanden 158 Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche mit 3501 Besuchern sowie 41 Bibliotheksführungen für Kindergärten und Schulen mit 875 Teilnehmern statt. Es gibt 3 Schulkooperations-Verträge sowie eine außerschulische Unterrichtsgestaltung an der Fridolinschule.

Das Einnahmensoll bei Benutzungsgebühren wurde mit der Haushaltskonsolidierung ab 2017 um 11 % erhöht. Die Gebühreneinnahmen konnten seit der Haushaltskonsolidierung um 15 % gesteigert werden. Es besteht trotzdem noch ein Einnahmendefizit bei den Jahresgebühren von knapp 25.000 Euro. Das Einnahmenplus sei sehr idealistisch angesetzt worden. Außerdem sei bei der Betrachtung zu berücksichtigen, dass alle Kinder bis 18 Jahren aus sozialen Aspekten kostenfrei sind. Dies sei früher nicht der Fall gewesen. Bei der Jahresgebühr konnte eine Einnahmensteigerung von 20 % erzielt werden, bei den Einzelgebühren war eine Abnahme von 16 % zu verzeichnen, die Mahngebühren konnten um 16 %, die Ersatzleistungen um 37 % gesteigert werden.

Für die Stadtbibliothek wäre es wichtig, dass die Verbuchungstechnik auf das zeitgemäße Ausleisystem RFID umgestellt wird. Aufgrund der 25-jährigen Nutzung sollte der Boden saniert werden, weiter sei die Elektrik veraltet. Ebenso sei es wünschenswert, dass die Möblierung an das geänderte Nutzerverhalten angepasst werde. Eine Planung für das gesamte Haus für ein „Neues Bild der Stadtbibliothek“ sei in Abstimmung mit dem Vorstand in Auftrag gegeben worden, an diesem habe die Bibliothek und der Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement seit Frühjahr intensiv gearbeitet. Hierzu würde auch die einladende Neugestaltung des Erdgeschosses zählen. Eine Spende über 80.000 Euro könnte für das neue Verbuchungssystem und die Neugestaltung des Erdgeschosses eingesetzt werden.

TOP 10

Hellbergsschule Brombach - Sanierung Naturwissenschaftliche Räume

Vorlage: 165/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort sogleich an Fachbereichsleiterin Buchauer.

Fachbereichsleiterin Buchauer erläutert, dass unter Beschlussvorschlag 2. darauf hingewiesen werde, dass beim jetzigen Stand der Planung eine grundsätzliche Kostenunsicherheit von 20% bestehe.

Es besteht kein weiterer Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Planung und Kostenberechnung für die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume an der Hellbergsschule in Höhe von 350.000 € wird zugestimmt.

2. Von der Kostenunsicherheit +/- 20 % im Stadium der Kostenberechnung wird Kenntnis genommen.

TOP 11

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 20.12.2018 bezüglich der Prüfung der Gewerbesteuer - mündl. Bericht

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf den vorliegenden Antrag der Fraktion der GRÜNEN.

Fachbereichsleiter Kleinmagd stellt die Zahlen zur Gewerbesteuer für die Stadt Lörrach und Vergleichsgemeinden anhand einer Präsentation vor (Anlage 2). Lörrach habe einen vergleichsweise niedrigen Hebesatz von 360%. Auch sei der Gewerbesteuerertrag pro Einwohner in Lörrach relativ gering, daher gelte Lörrach auch eher als gewerbesteuer-schwach. Es bestehe kein Zusammenhang zu Kreisumlagesätzen. Eine Erhöhung des Hebesatzes von 360% auf 380% würde pro Jahr ca. 1,2 Millionen Euro mehr an Steuern einbringen.

Der Vorsitzende sieht eine Erhöhung hinsichtlich der Eintrübung der Wirtschaftslage zwar eher kritisch. Gleichzeitig gelte es zu bedenken, dass immer mehr Themen für die Bürgerschaft und auch für die Wirtschaft von der Stadt bearbeitet werden müssten. Mehr Leistungen können auch mehr Steuern begründen. Er betont, dass das Thema nur im Dialog bearbeitet werden könne, dass es für eine Steuererhöhung 2020 bereits zu spät sei und dass diese zeitlich frühestes ab 2021 machbar wäre.

Stadträtin Kurfeß bedankt sich im Namen der GRÜNEN für die Beantwortung des Antrages. Im Rahmen der Haushalts-Debatte sollte notwendigerweise über das Thema gesprochen werden. Man habe die Grundsteuer erhöht, aber gleichzeitig auf die Erhöhung der Gewerbesteuer verzichtet, darüber sollte nun noch einmal diskutiert werden.

Stadtrat Lusche von der CDU hält eine Diskussion auch für notwendig, möchte aber auch eine Aufgabenkritik sehen und nicht nur über die Notwendigkeit der Erhöhung von Einnahmen sprechen. „Die Wirtschaft“ gebe es nicht, individuelle Standortfaktoren für Lörrach müssten ebenso berücksichtigt werden wie die konjunkturelle Abkühlung und eine eventuelle Abwanderung nach Weil.

Stadtrat Bernnat bedankt sich bei der Fraktion der Grünen für den Antrag. Er ist froh, dass das Thema erst im nächsten Jahr akut werde und regt an abzuwägen, was vernünftig sei. Er wünscht sich eine seriöse Prüfung und dass sichergestellt werde, dass der Bestand an Gewerbe gehalten werden könne. Die „knappe Million“ (nach Kreisumlage) könnte die Stadt gut gebrauchen.

Stadtrat Lindemer sagt, dass die Freien Wähler die Steuererhöhung tendenziell für sinnvoll halten, dass sie Genaueres aber erst sagen können, wenn ihnen eine Vorlage vorliegt.

Stadtrat Koesler von der FDP meint, dass das niedrige Gewerbesteueraufkommen in Lörrach strukturbedingt sei. Lörrach habe ertragsstarke Unternehmen wie GABA und KBC verloren. Auch für das Gewerbe sei die Kostensituation schwierig.

Stadträtin Kurfeß sagt, dass die Firma Raymond, die nach Weil „abgewandert“ ist, wieder in Lörrach investiere, dass Lörrach weiterhin attraktiv sei, aber die hohen Ansprüche der Bürger, die durch die hohen Einkommen in der Schweiz entstehen, schwer zu befriedigen seien. Steuerlich würde Lörrach jedoch von den hohen Einkommen nicht profitieren.

Fachbereichsleiter Kleinmagd fasst noch einmal für alle zusammen, dass die ungefähre Erhöhung um eine Million Euro viel Geld sei, dass aber eine Erhöhung der Gewerbesteuer immer auch ein Risiko berge, da man im Gegensatz zur Grundsteuer durch Abwanderung ausweichen könne. Es müsse im nächsten Jahr ein austarierter Kompromiss gefunden werden.

TOP 12

Antrag der GRÜNEN-Fraktion vom 12.09.2019

Velooffensive

Vorlage: 200/2019

Der Vorsitzende stellt das Thema vor und übergibt das Wort an die antragsstellende Fraktion in Person von Stadtrat Wernthaler.

Stadtrat Wernthaler möchte den Antrag nicht noch einmal vortragen, ihm ist vor allem wichtig, dass konsequent gehandelt werde und konkrete Ziele zu dem wichtigen Thema formuliert werden. Man könne die Velooffensive durch Vergleiche mit anderen Kommunen auf ein breites Fundament stellen. Sollte der Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit (SVS) bei der Velooffensive die Federführung übernehmen, so braucht es dafür eine neue Stelle, da der Fachbereich ohnehin schon unterbesetzt sei. Der 17% Anteil an Fahrradfahrern im Bezug zum Gesamtverkehr komme trotz der bestehenden Infrastruktur zustande und nicht wegen dieser. Seit 2015 tue sich auf diesem Gebiet nichts mehr, da das Zentralklinikum die Ressourcen binde und es sowieso zu wenig Personal gebe. Das Fahrrad sei ein wichtiges Verkehrsmittel der Zukunft.

Stadtrat Escher nimmt für die CDU-Fraktion Stellung. Er wünscht sich eine Verkehrsoffensive, bei der alle Verkehrsmittel in die Planung mit einbezogen werden, zudem betont er nochmal, dass die IG Velo nur 1,5% der Bevölkerung als Mitglieder hat und nicht für alle spreche. Gegen das Ziel von 30% (IG Velo) bzw. 33% (SVS) habe er nichts, auch er ist bei Neubaumaßnahmen für die Trennung von Rad- und Gehwegen, der Umbau im Bestand muss aber allen Verkehrsteilnehmern Rechnung tragen und sich nicht auf Radfahrer fixieren. Dem Radschnellweg im Kreistag habe er auch zugestimmt. Die Vorschläge sind ihm zu undifferenziert und erfolgten zu sehr auf Kosten des motorisierten Verkehrs, auf den eine große Anzahl an Bürgern weiterhin angewiesen sein werde. Er möchte keine Verbote sondern Angebote, die die Bürger überzeugen. Es sei in den letzten Jahren viel gemacht

worden, aber Stellen blieben unbesetzt, er habe sich schon sehr lange für die Einstellung eines Verkehrsexperten eingesetzt, ob es da einen Fahrradexperten brauche, sei fraglich. Mit dem Ziel des Fahrradanteils gehe man konform, die einzelnen Maßnahmen müssten abgewogen werden, sodass man allen Verkehrsteilnehmern gerecht werde.

Stadtrat Bernnat nimmt für die SPD-Fraktion Stellung. Er findet den Begriff Velooffensive in Ordnung und man stimme dem Antrag zu. Er wisse von einigen Fahrrad-Brennpunkten, die angegangen werden müssen, die Mittel und die Personalstelle müssten dann aber in den Haushaltsdebatten diskutiert werden.

Stadtrat Lindemer und die Freien Wähler können dem Ziel, den Radverkehr zu fördern auch zustimmen.

Stadtrat Koesler von der FDP begrüßt die Zusammenarbeit der Antragssteller mit dem FDP-Baubürgermeister von Karlsruhe. Er lobt die verbesserte Lebensqualität durch mehr Umweltfreundlichkeit. Er könne den Antrag vollumfänglich unterstützen.

Stadtrat Dr. Hengelage antwortet auf die Stellungnahme von Stadtrat Escher, dass der Antrag gestellt wurde, weil das Auto lange Zeit im Mittelpunkt stand, dass Flächen wie bei dem IBA-Projekt in Zukunft anders genutzt werden sollen, um auch ein Angebot zu schaffen, das den Umstieg auf das Fahrrad fördert. Er möchte mehr Raum für Fahrräder.

Stadträtin Rufer betont noch einmal, dass die SPD-Fraktion für die Verkehrswende sei, dass aber nicht nur Radpendler, sondern auch die Verknüpfung mit dem ÖPNV wichtig sei, da es selbst bei Fahrrädern zu Problemen bei den Stellplätzen kommen könne. Sie kündigt einen Antrag für ein Fahrradverleihsystem an.

Stadtrat Koch von der AfD fragt sich an dieser Stelle, ob der ÖPNV die „Schönwetter“-Radler in den Wintermonaten aufnehmen könne, sonst würde ein guter Teil der Bürger in den Wintermonaten oder bei schlechtem Wetter wieder auf das Auto umsteigen.

Stadtrat Müller sorgt sich, dass eine Formulierung im Antrag der Grünen als Handlungsverpflichtung der Stadträte bei Zustimmung zum Antrag verstanden werden könnte.

Der Vorsitzende versichert, dass dies nicht der Fall sei.

Der Gemeinderat fasst einstimmig mit einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung unterstützt den Antrag der Grünen zur Velooffensive. Der Antrag soll weiterverfolgt werden.

TOP 13

BAK Economics AG Basel, Rückkauf von zwei Stammaktien durch die Geschäftsleitung Vorlage: 160/2019

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keinen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Danach fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Rückkauf der zwei BAK Economics AG Aktien durch Herrn Marc Bros de Puechredon, Geschäftsleitung, Vorsitzender der BAK Economics AG zum Rückkaufpreis von CHF 200,00 pro Aktie, insgesamt CHF 400,00 (=ca. 368,00 Euro) zum nächst möglichen Zeitpunkt zu.

TOP 14

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

14.1

Der Vorsitzende informiert über folgenden nicht öffentlich gefassten Beschluss in der Gemeinderatssitzung vom 10.10.2019:

Der Gemeinderat stimmt der Löschung der beschränkt persönlichen Dienstbarkeit der Stadt Lörrach auf dem Flurstück 459 zur Nutzung von 108 Stellplätzen im 2. UG der Tiefgarage am Markt unter der Bedingung der 20-jährigen Verpflichtung zur weiteren öffentlichen Nutzung zu.

14.2

Betriebsleiter Langela gibt bekannt, dass ca. 122 schadhafte Bäume gefällt werden müssen und 129 Neupflanzungen vorgenommen werden. Die Baumfällarbeiten werden bis Februar 2020 durchgeführt sein.

14.3

Der Vorsitzende informiert zur Auftaktveranstaltung am 14.11.2019 im Gemeindehaus der Kirchengemeinde St. Fridolin in Lörrach-Stetten zum Thema Älterwerden in Lörrach „Stetten-hier bin ich daheim“ und weist hierzu auf die ausgelegten Flyer hin.

TOP 15

Allgemeine Anfragen

15.1

Stadträtin Kurfeß bittet darum, dass zusätzlich zur Feststellung des Sanierungsbedarfs bei den Schulen, der Sanierungsbedarf der städtischen Kindertageseinrichtungen ermittelt wird.

Der Vorsitzende informiert, dass beim Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement eine Aufstellung in Bearbeitung sei.

15.2

Stadtrat Bernnat bittet um Auskunft, wann der Spielplatz „Am Tüllinger“ wiedereröffnet wird. Der Spielplatz sei seit einer Woche geschlossen, obwohl die Arbeiten beendet seien.

15.3

Stadträtin Rufer beantragt im Namen der SPD-Fraktion die Einführung eines öffentlichen Fahrradleihsystems in der Stadt Lörrach (Anlage 3).

15.4

Stadträtin Schumacher reicht einen gemeinsamen Antrag der PIRATEN/Die LINKE und der SPD-Fraktion zur Videoaufzeichnung von öffentlichen Gemeinderatssitzungen ein (Anlage 4).

15.5

Stadtrat Koesler spricht beim neugestalteten Abschnitt der Basler Straße eine fehlende Unterstellmöglichkeit bei der Bushaltestelle an und generell die Anordnung der Bänke, die teilweise zur Häuserreihe hin ausgerichtet seien. Ebenso könne über die Anpflanzung von Bäumen nachgedacht werden.

Der Vorsitzende informiert, dass zur „Basler Straße“ ein mündlicher Bericht im Ausschuss für Umwelt und Technik erfolge.

15.6

Stadtrat Gohn bittet um Informationen zum Sachstand der Renovierung der Skater-Anlage im Grütt.

Der Vorsitzende äußert, dass ein mündlicher Bericht im Ausschuss für Umwelt und Technik erfolge.

15.7

Stadtrat Escher äußert den Wunsch, dass an der Hauptstraße in Stetten früher einmal entfernte Bäume wieder angepflanzt werden.

TOP 17

Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

17.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 26. September 2019

17.2

Stellungnahme des FB Zentrale Dienste und Ratsarbeit auf Anfrage von Stadträtin Schumacher über eine Schulung der Stadträte zur Datenschutzgrundverordnung

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: